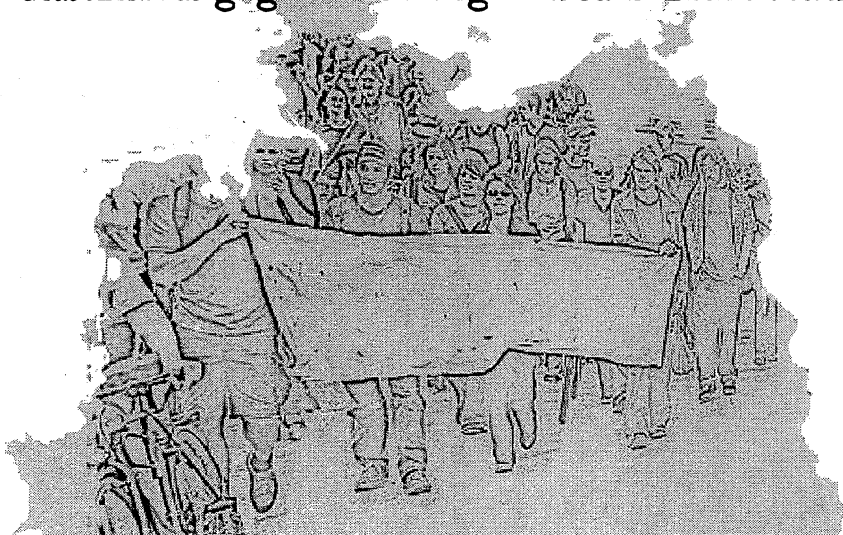


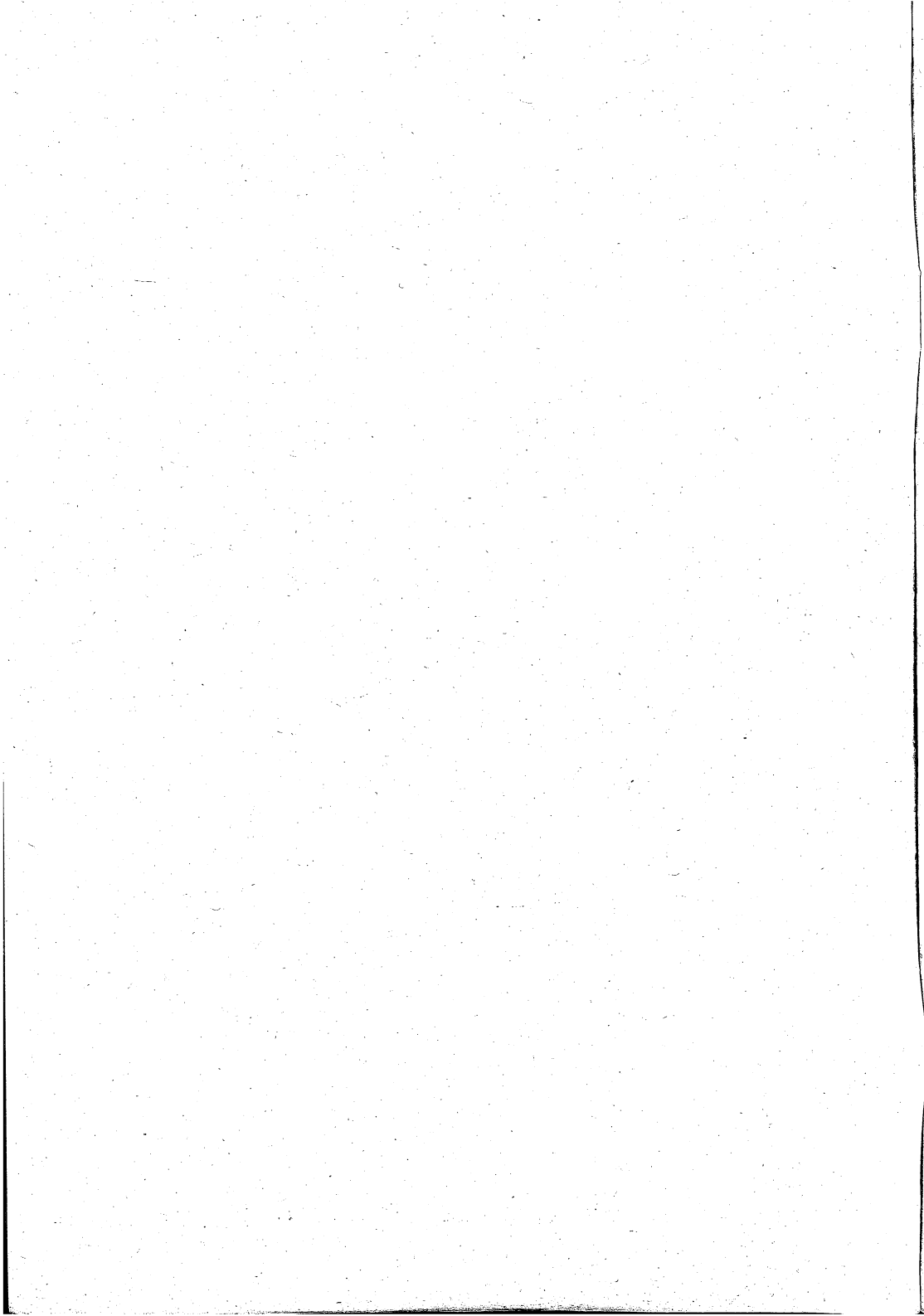
Norddemo-Reader

**Aufruf, Reden und andere Dokumente zur
Demonstration am 07. Februar 2004**

Wissen verbindet

Gemeinsam gegen Bildungs- und Sozialabbau





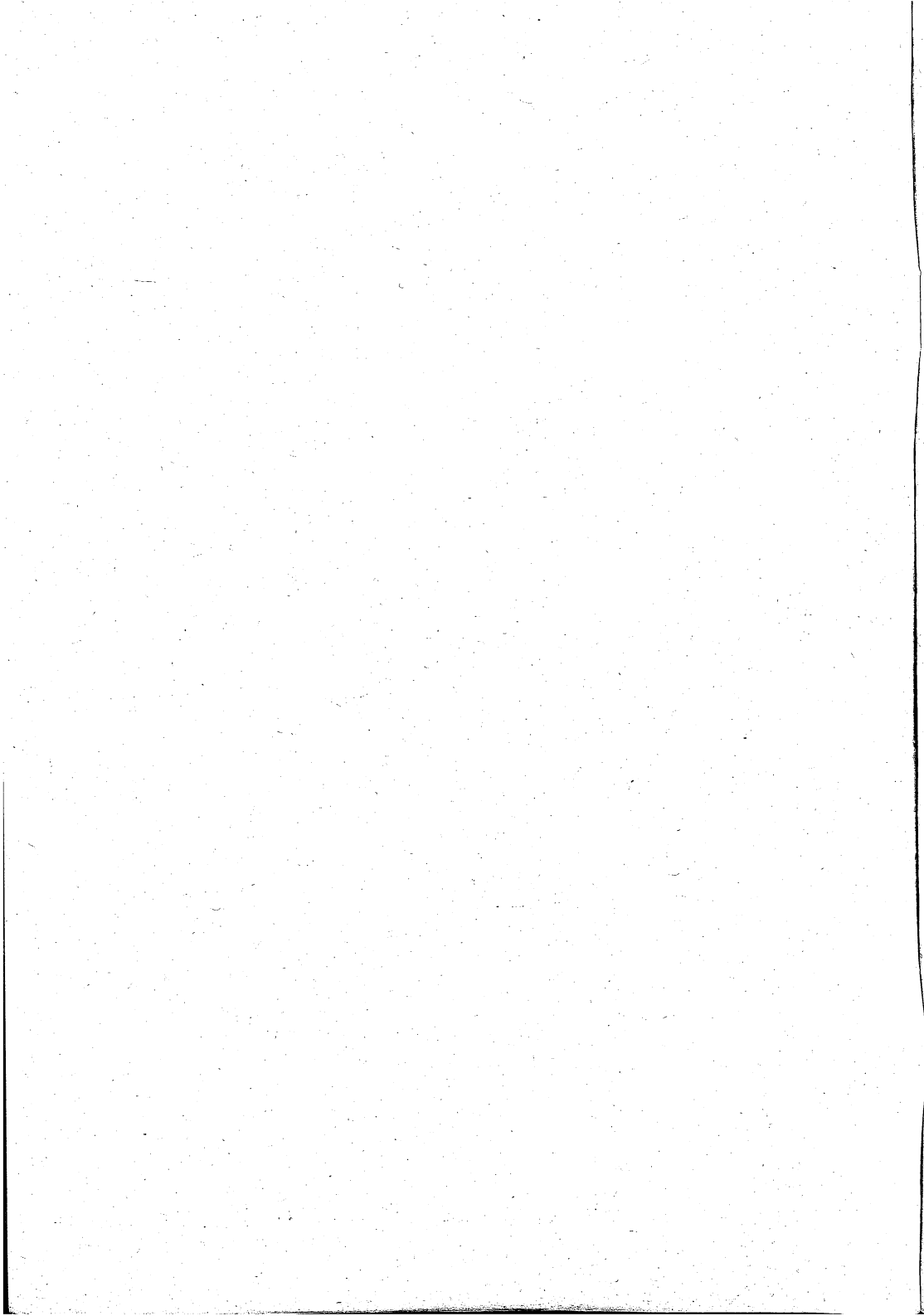
07. Februar 2004

Ueberregionaler Aktionstag gegen Bildungs- & Sozialabbau
Wissen verbindet

Norddemo: 13 Uhr - Campus Uni Hamburg

Redaktion: Fredrik Dehnerdt (V.i.S.d.P.), Stefanie Meyer, Till Petersen
c/o Streikzentrale, VMP 5, 20146 Hamburg

www.allefueralle-hh.de.vu



Aufruf

Ob Praxisgebühren, Studiengebühren für Langzeitstudierende, die Privatisierung der Berufsschulen, der Ausverkauf staatlicher Krankenhäuser, Kitagebühren oder Kriterien, die regeln, dass ein Langzeitarbeitsloser bald jede Arbeit als zumutbar empfinden soll: Es ist die gleiche Logik, die dahintersteht. Es ist eine Logik der Verwertungsorientierung, die blind ist für die Probleme unserer Gesellschaft. Es wird nicht nach Sinn und Nutzen von Gesellschaft und Umwelt gefragt, sondern diese sollen allein nach Effizienzkriterien innerhalb marktwirtschaftlicher Strukturen ausgerichtet sein. Währenddessen ist in der öffentlichen Debatte zunehmend der Begriff der "Chancengleichheit" im Spiel. Er dient als Legitimationsfigur für soziale Ungleichheit und für Staats- und Sozialabbau. Sowohl im Bereich der Bildungspolitik als auch in der Sozialpolitik soll suggeriert werden, dass der Staat "gleiche Chancen" für alle garantiere und soziale Unterschiede letztlich nur auf Leistungsunterschieden oder der Bereitschaft zu persönlichem Einsatz beruhe. Soziale Ungleichheit wäre dann gerechtfertigt, wobei die auf dem Markt wirkenden Ein- und Ausschlussmechanismen jedoch nicht in Betracht gezogen werden. Wer nicht in dieses Raster eines zu Verwertung bereiten oder zu Verwertung fähigen Menschen passt, fällt aus dem staatlichen Verantwortungsbereich heraus. Dies spiegelt sich auch in der Umbenennung des Menschen in Humankapital wider. In einem überparteilichen Konsens der etablierten Parteien werden die öffentlichen Haushalte auf dem Rücken der Sozialschwachen saniert. Öffentliche Einrichtungen werden kaputt gespart und anschließend dem Ausverkauf und damit der Profitorientierung preisgegeben. Diese im Zuge der Standortpolitik verschärfte Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche wird auch im bereits stattfindenden Umbau der Hochschullandschaft spürbar. Der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung zurück. Durch einen Sockelbetrag, sei es für das Gehalt der Lehrenden oder der Finanzierung der einzelnen Fachbereiche, wird nur noch der Notbetrieb gewährleistet. Alles weitere soll sich durch das Prinzip der Konkurrenz regeln. Die Konkurrenz um Drittmittelförderung und die Konkurrenz um die dann zahlenden "Studierenden-Kunden" soll den Normalbetrieb sichern. Es ist abzusehen, dass Grundlagenforschung und kritische Wissenschaft bei dem Spiel der freien, wirtschaftlichen Verwertung von Bildung nur noch ein Klotz am Bein sein werden.

Doch Wissen soll allen Menschen dienen, und es soll die Lebensgrundlage aller verbessern. Wissen verbindet - Wissen beseitigt Vorurteile, Wissen baut Ängste ab. Wissen schafft Vertrauen und baut Brücken. Es ist diese Bedeutung von Wissen, die wir der um sich greifenden Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche entgegensetzen wollen. Und es ist das Wissen um diese Ursachen, das uns zusammenbringt.

RednerInnenliste

Auftaktkundgebung (13:00 - 14:00, Unicampus)

Fredrik Dehnerdt (Uni Hamburg)	Seite 7
Horst Bethge (GEW, Teilnehmer HHer Sozialforum)	Seite 11

Erste Zwischenkundgebung (15:00, Kunsthalle/HBF)

Dennis Nitschmann (HWP Hamburg)	Seite 14
Sibylle Kirstein (Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung)	Seite 16
Wolfgang Rose (Verdi)	Seite 18

Zweite Zwischenkundgebung (16:00, Axel-Springer-Platz)

Holger Griebner (FIXStern)	Seite 21
Nico Sawatzki (Wahlbündnis Regenbogen)	Seite 22
Tobias Berking (Teilnehmer der Anti-Nazi-Demo)	Seite 26

Abschlusskundgebung (17:00, Unicampus)

Olaf Schwede (DGB)	Seite 28
Felix Lorenzen (SchülerInnenkammer)	Seite 30
Benjamin Branzko (Uni Hamburg)	Seite 31

sowie Grußworte von Studierenden aus Berlin, Bremen, Göttingen, Braunschweig (Landesastenkonzferenz Niedersachsen (LAK))

Anhang

Demosong	Seite 34
Demobericht	Seite 36
Demoroute	Seite 38
Unterstützerliste	Seite 39
Wissen verbindet	Seite 40

Fredrik Dehnerdt

Uni Hamburg - Begrüssungsrede

'Der Hamburger CDU-FDP-Schill-Senat ist gestürzt. Für eilfertigen Gehorsam seitens der Universität gegenüber dem Senat gibt es nicht mal mehr scheinbar eine Grundlage. Für die Studierendenschaft ist dies eine erfreuliche Herausforderung, ihre Proteste gegen die neoliberale Politik fortzusetzen und auszubauen: Die politisch Verantwortlichen müssen massiv unter Druck gesetzt werden, so daß aus dem Regierungswechsel auch ein Politikwechsel wird.' (Resolution vom 13.1.04)

So beginnt die Resolution, die die Vollversammlung der Studierenden der Universität Hamburg vor drei Wochen beschlossen hat. Sie traten in den Streik, um ihre Vorstellung einer kritischen und freien Universität umzusetzen. Sie erkämpften sich durch die Besetzung des Uni-Präsidiums die Grundlage und den Raum, um sich den Bestrebungen nach einer Ökonomisierung und Entdemokratisierung ihrer Hochschule aktiv entgegenstellen zu können und die Forderung an die Öffentlichkeit zu tragen, dass eine andere - eine sozial gerechte, demokratische und für alle Menschen nützliche - Bildung und Forschung weiterhin möglich und nötig ist.

Wir kritisieren an der aktuellen Wissenschaftspolitik, dass sich alles und jeder der wirtschaftlichen Verwertbarkeit unterwerfen soll. Noch schlimmer ist, dass diese kurzsichtige Politik ihre Kritiker durch teilweise undemokratische bis repressive Massnahmen - ob in Gremien oder auf der Strasse - einzuschüchtern und gefügig zu machen sucht.

Und dieses gilt nicht nur für Hamburg, sondern über Hamburg hinaus. Denn überall, wo eine solche Politik der Gefügigmachung herrscht, gilt es, sie zu bekämpfen. Wer die Menschen als 'Humankapital' sieht, wer jede staatliche oder private Einrichtung allein auf ihren 'Wertschöpfungsbeitrag' hin betrachtet, verdient es nicht, die Leitlinien der Politik zu gestalten! Dieses Wissen um die eine Ursache der verschiedensten Umstrukturierungen in unserer Gesellschaft brachten die Studierenden in der Resolution der Vollversammlung vor einer Woche zum Ausdruck, als sie dieselben Veränderungen, die sie bei der aktuellen Umstrukturierung ihrer Universität wahrnahmen, auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erkannten und anklagten.

'Denn auch wenn wir, wie in den letzten drei Wochen, unseren Protest öffentlich bekannt gemacht haben, reicht dies noch nicht. Unsere Forderungen sind noch lange nicht durchgesetzt, sondern immer noch wird in dieser Stadt und in diesem Land eine neoliberale Hochschulpolitik betrieben, deren Ziel die Zurichtung der Universitäten auf die reine Marktverwertbarkeit ist. Dieser Politik entgegen wollen wir Studierenden in kritischer Solidarität mit anderen sozialen Gruppen, die gegenwärtig von vergleichbaren Angriffen bedroht sind, uns weiterhin einsetzen für kritische Bildung und Wissenschaft, die in der gesellschaftlichen Verantwortung stehen für die Durchsetzung sozialer, humaner und demokratischer Verhältnisse. Diesen Streit wollen wir gemeinsam und solidarisch führen als Teil sozialer Bewegungen.' (Resolution vom 28.1.04)

Vor zwei Wochen begannen wir mit der Mobilisierung - wir riefen verschiedene Bildungseinrichtungen, Gewerkschaften, soziale Einrichtungen und weitere Organisationen auf, sich unserem Aufruf anzuschließen und zur Teilnahme an dieser Demo zu mobilisieren.

Unser Aufruf lautete: 'Ob Praxisgebühren, Studiengebühren für Langzeitstudierende, die Privatisierung der Berufsschulen, der Ausverkauf staatlicher Krankenhäuser, Kitagebühren oder Kriterien, die regeln, dass ein Langzeitarbeitsloser bald jede Arbeit als zumutbar empfinden soll: Es ist die gleiche Logik, die dahintersteht. Es ist eine Logik der Verwertungsorientierung, die blind ist für die Probleme unserer Gesellschaft. Es wird nicht nach Sinn und Nutzen von Gesellschaft und Umwelt gefragt, sondern diese sollen allein nach Effizienzkriterien innerhalb marktwirtschaftlicher Strukturen ausgerichtet sein. ... Es ist abzu- sehen, dass Grundlagenforschung und kritische Wissenschaft bei dem Spiel der freien, wirtschaftlichen Verwertung von Bildung nur noch ein Klotz am Bein sein werden.

Doch Wissen soll allen Menschen dienen, und es soll die Lebensgrundlage aller verbessern. Wissen verbindet - Wissen beseitigt Vorurteile, Wissen baut Ängste ab. Wissen schafft Vertrauen und baut Brücken. Es ist diese Bedeutung von Wissen, die wir der um sich greifenden Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche entgegensetzen wollen. Und es ist das Wissen um diese Ursachen, das uns zusammenbringt.', um gemeinsam gegen Bildungs- und Sozialabbau auf die Strasse zu gehen.

Diesen Aufruf schickten wir vor zwei Wochen los - in der Hoffnung, ein Zeichen setzen zu können entgegen der herrschenden Politik in Hamburg, in Nord-

deutschland und darüber hinaus.

Diesen Aufruf unterstützen fünf Hamburger Hochschulen sowie 18 (!) weitere Universitäten aus dem Norddeutschen Raum. Das sind viele Unis, um nicht zu sagen - fast alle, denen es möglich war, auch zu mobilisieren und nach Hamburg zu kommen.

Dazu unterstützen die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft und die SchülerInnenkammer diesen Aufruf, wobei die Schüler sich - nur - solidarisieren, und nicht zur Demo aufrufen. Warum? Die Ursache sind nicht fehlende Gründe, auf die Strasse zu gehen und den Protest öffentlich zu machen, sondern die gemeinsame Erfahrung vieler Schüler, die bei der Friedensdemonstration der SchülerInnen im März letzten Jahres auf brutalste Weise von der Polizei eingeschüchtert und von der Strasse getrieben wurden. Wasserwerfer und Schlagstockeinsatz gegen SchülerInnen, die für Frieden auf die Strasse gehen - wie tief will die herrschende Politik noch sinken? Hier zeigt der Hamburger Rechtssektat, dass er für eine besonders marktradikale Politik steht und bereit ist, diese mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln umzusetzen.

Wir müssen gemeinsam deutlich machen: das Recht auf freie Meinungsäußerung und demonstrative Aktionen darf niemals kriminalisiert und mit Gewalt niedergeschlagen werden! Wir haben ein Recht darauf, unsere Anliegen vorzubringen wo und wie wir es wollen - wenn es unserem Ziele dient: der gemeinsamen Verständigung über die Ursachen, die Entwicklungen und die Personen, die die offene, freie und kritische Gesellschaft zu verdrängen suchen.

Nicht nur Bildungsträger unterstützen uns; so hat der DGB unseren Aufruf übernommen, so hat Verdi uns einen Lautsprecherwagen zur Verfügung gestellt. Dazu kommen verschiedene soziale Einrichtungen und Organisationen wie z.B. das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung.

Die Beteiligung der Friedensbewegung macht die Dimension unserer Proteste deutlich. Wir brauchen ein großes Bündnis aller kritischen Kräfte, das handelt nach der Maßgabe: Wissen verbindet und Wissen verändert. Wir müssen Aufklärung betreiben dafür, dass ein Ole-Senat keine zweite Chance erhält. Wir müssen Aufklärung betreiben dafür, dass dem sozialen Kahlschlag auf Bundesebene ein Ende gesetzt wird. Wir müssen Aufklärung betreiben dafür, dass Frieden an die Stelle imperialistischer Politik treten kann.

Deswegen bedauere ich, dass Esther Bejarano; die heute gern hier gewesen wäre, leider verhindert ist. Esther Bejarano, Überlebende des Holocaust, steckt ihre erneute Erfahrung mit staatlicher Repression auf der Demonstration letzte Woche gegen Faschismus noch so in den Knochen, dass sie nicht auf dieser Demo reden wird. Was war passiert? Auf der Demo letzten Samstag ging die Polizei mit ungewöhnlich brutaler Härte vor - sogar für die derzeitigen Hamburger Verhältnisse. Mit Wasserwerfern und Schlagstöcken wurde eine in weitesten Teilen friedliche Demo auseinandergetrieben. Wer nicht rechtzeitig wegkam, wer zu jung oder zu alt war, wurde von hemmungsloser staatlicher Gewalt brutal hinweggefegt. Eine furchtbare gemeinsame Erinnerung.

Dieser Politik des Schlagstocks und der totalen Ausbeutung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens verweigern wir unsere Zustimmung. Wir müssen uns allen Versuchen entgegenstellen, uns unsere Freiheit, unseren Mut und unsere Ideale nehmen zu lassen. Und dies schließt das Recht auf freie, demonstrative Meinungsäußerung ein.

Unser Ziel ist, eine gemeinsame solidarische Bewegung zu erreichen - dieser Aktionstag unter dem Motto 'Wissen verbindet - gemeinsam gegen Bildungs- und Sozialabbau' soll deutlich machen, dass es möglich und nötig ist, die bestehenden Strukturen zu verändern, notfalls zu durchbrechen. Gegen die Politik der Zurichtung der verschiedenen Gesellschaftsschichten allein in Hinsicht auf ihre ökonomische Verwertbarkeit setzen wir unser gemeinsames Wissen um die eine Ursache. Wir brauchen eine gesellschaftliche Gegenmacht, um unsere Forderungen gegenüber der herrschenden Politik durchzusetzen. Die Forderung nach einer Gesellschaft, in der gemeinsames Wissen, das allen zur Verfügung steht, Grundlage solidarischer, menschlicher Entfaltung ist.

Möge das gemeinsame Wissen Tat werden! Danke!

Horst Bethge

GEW, Teilnehmer HHer Sozialforum

Wissen verbindet- Wissen verändert, das ist das aktivierende Motto Eurer Demonstration. Zuerst: Einen herzlichen Glückwunsch, dass Euch die Kooperation zur Demo von 23 Hochschulen geglückt ist.

Uns verbindet das Wissen, dass nicht nur in Hamburg unter Schwarz-Schill Sozial- und Bildungsabbau stattfindet und die Privatisierung der Bildung, sondern auch in Schleswig-Holstein, in Niedersachsen und anderswo - und es ist gut, dass es überall öffentlichen Protest dagegen gibt. Beglückwünschen möchte ich Euch auch dazu, dass Ihr Euch als Teil des breiten Protests versteht. Wenn wir uns nicht gemeinsam wehren, werden wir einzeln eingemacht. Die Krise des Bildungssystems ist tief. Wir alle wissen - das verbindet uns - welche einzelnen Miss- und Notstände es gibt. Es ist eine tiefe Krise unseres Sozialsystems.

Uns verbindet das Wissen, dass die Herrschenden auf diese Krise dreierlei Antworten haben:

1. Repression gegen Aktive, 2. das Auswechseln von Personen - in Hamburg haben wir das gerade beim Bildungssenator erlebt, und 3. stellen sie ihre Rezepte als alternativlos hin. So sagen sie, dass nach der bayrisch-sächsischen Zukunftskommission nur noch 20% der Arbeitenden nötig sind, unsere Zivilisation aufrechtzuerhalten, 30% werden an und ab für Dienstleistungen zeitweilig benötigt, 50% sind eigentlich für die Herrschenden völlig überflüssig. Da sie nicht wissen, wer zu den 20% Benötigten gehört, muss das Bildungssystem auslesen, aussortieren, in einem gnadenlosen Wettbewerb, der privat organisiert sein soll, feststellen, wer schon vom Kindergarten und der Grundschule an zur Elite gehören soll. Darum: Abbau sozialer Leistungen und der Daseinsvorsorge für alle, Umbau zu marktradikaler, privatisierter Konkurrenz. Daraufhin gibt es vielfältigen Protest der Betroffenen.

Vor 14 Tagen haben 1500 BerufsschülerInnen gegen die Privatisierung ihrer 48 Berufsschulen mit 250 Ausbildungsgängen protestiert. Der Hamburger Senat wollte, bevor er zusammenbrach, alle unter die Regie der Handelskammer stellen. Dagegen gibt es eine Volksinitiative "Bildung ist keine Ware" mit 25 000 Unterschriften. Azubis vom Bau besetzten ihre Berufsschule. Vor 14 Tagen nun haben die BerufsschülerInnen während der Berufsschulzeit demonstriert. Dabei riskieren sie allerlei: Denn die Teilnahme wird normalerweise als unentschuldigtes Fehlen registriert und dem Arbeitgeber mitgeteilt. Das kann zur Abmah-

nung führen. Dabei kümmern sie sich sehr um die Zukunft der beruflichen Bildung in Hamburg. Dafür verdienen sie Anerkennung, nicht Abmahnung. Ich komme gerade von einer Tagung der PDS, wo es u. a. um die Zukunft der Berufsausbildung geht. Von den Teilnehmern soll ich Eurer Demo solidarische Grüße überbringen. Dabei gibt es eine große Gemeinsamkeit mit den Berufsschülern, deren Motto es war: Wir lassen uns die Zukunft nicht klauen!

Vor sechs Wochen haben Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen demonstriert - gegen Kürzung von 1400 Lehrerstellen, gegen Streichung der Teilungs- und Förderstunden, gegen die Erhöhung der Klassenfrequenzen. Motto: Im Rathaus sind die Räuber! Die GEW, für die ich hier die Grüße des Landesvorstandes überbringen soll, fordert: Diese Regierung gehört abgewählt! Sie fordert: Investiert mehr in die Bildung. Denn unser Bildungssystem ist unsozial, es verschärft die soziale Spaltung der Gesellschaft anstatt sie mit auszugleichen. In Dänemark, Schweden und Finnland erwerben 70-90% die Hochschulreife - dafür geben sie aber auch fast doppelt so viel für Bildung aus. Das erhöht signifikant die Chancengleichheit.



Heute gibt es in Hamburg eine Tagung zur Vorbereitung der Gründung eines Sozialforums in dieser Stadt. Über 60 VertreterInnen verschiedener Organisationen und Initiativen sitzen da beisammen. Sie grüßen ausdrücklich Eure Demo, bereiten sie doch u. a. die große bundesweite Demo am 3. 4. gegen Sozial- und Bildungsabbau in Berlin vor - zeitgleich mit der in NRW und Stuttgart und in vielen Städten Europas. Überall finden sich Menschen zusammen, die sich gemeinsam wehren. Das treibt auch zur Gründung eines Hamburger Sozialforums. Sie verbindet das Wissen, dass der Umbau der Hamburger Hochschulen, die Kürzung von 30% der Studiengänge, die Privatisierung der Berufsschulen keine lokale Erscheinung ist: das gibt es weltweit in verschiedenen Formen. Und es ist politisches Konzept der Herrschenden: Seit Jahren wird hinter verschlossenen Türen darüber verhandelt, dass Gesundheit, Bildung, Wasser frei handelbar sein sollen. Bildung ist eine Ware, sagen sie, der Staat darf nicht eingreifend regulieren, Steuerfinanzierung sei eine unerlaubte Subvention, allenfalls Gutscheine dürfen ausgegeben und Bildungskonten eingerichtet werden. So das Allgemeine Dienstleistungs-Handelsabkommen, GATS genannt, dessen Version II jetzt verhandelt wird. Und Bundesregierung, Hamburger Senat und Unipräsident Jürgen Lühje wissen um diese Geheimverhandlungen, und sagen nichts. Damit fördern sie die Privatisierung. Und das läuft nicht nur bei uns: Das ist europaweite Politik. Darum haben wir in Paris beim II. Europäischen Sozialforum ein "Netzwerk gegen die Ökonomisierung der Bildung" gegründet, mit jetzt Partnern in 25 Ländern. Als deutscher Vertreter dieses Netzwerkes begrüße ich diese Demo ausdrücklich: Wissen verbindet - aber Protest verbindet auch! Auch der gegen Abbau und Privatisierung! Darum ist Euer Kampf auch gleichzeitig der für die BerufsschülerInnen, für die Umschüler - aber auch der für die spanischen und französischen StudentInnen, die auch protestieren.

Wissen verbindet, Protest verbindet. Aber wir brauchen einen langen Atem; wir müssen mehr werden, viel mehr. Wir müssen mit Lehrlingen, LehrerInnen, Umschülern, Eltern gemeinsam gegen Bildungsabbau, mit RentnerInnen, ArbeiterInnen, Arbeitslosen gegen Sozialabbau und alle gemeinsam gegen den neoliberalen und marktradikalen Umbau kämpfen, in welcher Variante auch immer. Dabei geht es auch gegen Kultusminister und Hochschulpräsidenten, die diese Politik unterstützen. Darum ein alter plattdeutscher Spruch der Arbeiterbewegung: Wenn tein tohoop don stahn, nümst Boss kann lange gahn (Für die Quiddjes auf Hochdeutsch: Wenn zehn zusammenstehen, kein Boss kann lange gehen). Und uns verbindet das Wissen, dass das chinesische Sprichwort richtig ist: "Der Fisch fängt vom Kopf her an zu stinken".

Dennis Nitschmann

HWP Hamburg

Liebe Freundinnen und Freunde,

gemeinsam stehen wir heute hier zusammen, um ein weiteres deutliches Signal auf die Straße zu tragen, welches sich gegen den unsäglichen Bildungs- und Sozialabbau richtet. Wir wollen deutlich machen, dass wir unter einer freien und gerechten Gesellschaft etwas gänzlich anderes verstehen, als einen Menschen durch unzumutbare Zumutbarkeitskriterien oder gar mit sozialunverträglichen Studiengebühren an der freien Persönlichkeitsentfaltung zu hindern.

Wir vom AStA der HWP-Hamburg freuen uns, dass immer mehr Menschen dazu bereit sind, sich an den vielfältigen Protestaktionen zu beteiligen und damit auch zu verdeutlichen, dass es Alternativen zu dem Mainstream in der Bildungs- und Sozialpolitik gibt. Gerade die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, die HWP, steht für eine dieser Alternativen in unserer Bildungslandschaft. Sie ermöglicht es auch Menschen ohne Abitur, und das mit einem quotierten Zugang von 40%, ein Hochschulstudium zu beginnen. Die HWP tritt zudem nach ihrem Leitbild für eine gesellschaftliche Demokratisierung sowie für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit ein. Darüber hinaus hat diese Institution ein erfolgreiches Teilzeitstudium eingerichtet, welches es Menschen ermöglicht, neben dem Beruf auch ein Studium durchzuführen.

Diese bundesweite einmalige Institution soll nach den jetzigen Plänen der Wissenschaftsbehörde und des Senats mit den Wirtschaftswissenschaften der Universität Hamburg fusioniert werden. Damit wird das Profil der HWP in einer zukünftig größeren Sektion untergehen und damit auch die Chancen für sogenannte "bildungsferne Schichten" ein Studium zu beginnen, weiter verschlechtert. Dieses wollen wir verhindern und haben deshalb mit vielen aktiven Studierenden eine Volksinitiative gestartet, die wir jetzt Ende März erfolgreich abschließen wollen. Es sind deshalb alle aufgefordert, die noch keine Unterschrift dazu geleistet haben, dieses möglichst bald zu tun.

Im gesamten Bundesgebiet stehen wir gerade vor Strukturveränderungen in der Hochschullandschaft. Die Rezepte für diese Veränderungen scheinen hierbei jedoch immer die gleichen zu sein. Hierbei stehen entdemokratisierende Maßnahmen im Vordergrund, die es den verschiedenen Statusgruppen, ja vor allem den Studierendenvertretern, immer schwerer machen, ihr gutes Recht auf Interessenvertretung weiter wahr zu nehmen. Dagegen besetzen immer mehr externe Kräfte aus Wirtschaftslobbyisten und sogenannten Wissenschaftsmanager die

wichtigen Gremien der Universitäten und bestimmen dadurch maßgeblich die Ausrichtung in Forschung und Lehre. Wir wollen uns auch nicht vorhalten lassen, dass wir wohlmöglich die Veränderungen nicht verstehen, da wir sie anscheinend nicht begriffen haben. Nein, wir sagen aber, dass die ergriffenen Maßnahmen falsch sind und besonders zu Lasten jener Menschen gehen, die sowieso schon im Bildungssystem benachteiligt werden.

Die unterschiedlichen Studien zum Zustand in unserem Bildungssystem wie z.B. Pisa, zeigen uns deutlich, welche Mängel ein auf Konkurrenz und Selektion bedachtes Schulsystem aufweist. Werden aber aus diesen Fehlern die nötigen Schlüsse gezogen? Wird denn überhaupt versucht, ein individuell förderndes System zu etablieren, welches jedem einzelnen die Möglichkeit gibt, sich frei zu entwickeln und zu entfalten? Nein. Dagegen wird uns erzählt, dass gerade die Förderung von Eliten die Lösung unserer Misere in der Bildung darstellen soll. Elitenförderung statt Breitenförderung lauten hier die wahnwitzigen Rezepte zur Umgestaltung der Bildungslandschaft.

Ähnlich verhält es sich in der Sozialpolitik, in der die Maßnahmen zur Integration von Menschen nur noch darin bestehen, sie in finanzieller Hinsicht so zu beschneiden, dass sie dazu gezwungen werden, sich im Niedriglohnsektor Arbeit zu suchen und so unter unwürdigen Verhältnissen zu leben, während sich die Herren auf den oberen Etagen weiter die Taschen vollstecken und uns erzählen, dass Sparen zum Wohle aller angebracht ist. Wir aber werden dieser Sparlogik nicht zum Opfer fallen. Wir wissen ganz genau, dass Geld genug vorhanden ist und nur anders verteilt werden müsste. Wir werden weiterhin für ein würdiges Leben aller streiten und das nicht im Sinne einzelner Interessen.

Dass muss auch unsere Hoffnung sein, dass wir immer mehr Menschen davon überzeugen können, dass wir uns auf einem Holzweg in der Sozial- und Bildungspolitik befinden. Ich hoffe dass wir weiterhin für ein solidarisches Miteinander eintreten, in dem die Herkunft eines Menschen sekundär ist und jeder sein Recht auf Persönlichkeitsentfaltung wahrnehmen kann. Lasst uns weiter mit lauter Stimme unsere Alternativen verkünden, damit die Protestbewegung weiter wächst und wir als ernste Opposition wahrgenommen werden.

Vielen Dank

Sibylle Kirstein

Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

Liebe Streikende, liebe Studierende, Kolleginnen und Kollegen, liebe Hamburger, liebe Friedensfreunde,

Hamburg ist Rüstungsstandort, auch im Bildungsbereich. An der Universität der Bundeswehr und an der Führungsakademie wird neue Rüstungstechnologie erforscht und Kriegsstrategie gelehrt. Und auch an der Universität, der Technischen Uni in Harburg oder dem Hamburger Weltwirtschaftsarchiv findet kriegsrelevante Forschung beispielsweise in Fächern wie Mathematik, Physik oder Wirtschaftswissenschaften statt. Aber nicht nur diese Wissenschaften fördern den Krieg. In allen Fachbereichen findet kriegsrelevante Lehre und Forschung statt. Ich möchte drei Beispiele nennen: Indem in Politik und Geschichte über ethnische Konflikte gelehrt und geforscht wird, ohne dabei die Interessen, aus denen diese Konflikte geschürt werden, zu hinterfragen, wird verhindert, dass die Ursachen von Krieg, nämlich wirtschaftliche Interessen offengelegt werden. Indem in Erziehungswissenschaft zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern die Illusion gelassen wird, Erziehung sei unpolitisch, wird so getan, als sei die herrschende Politik das Grundmuster für die Gesellschaft und unveränderbar. Indem in Psychologie und Humanmedizin vor allem Symptombekämpfung gelehrt wird, soll der Mensch schnell wieder fit gemacht werden für die Verwertung und um weiter in der Konkurrenz bestehen zu können, ohne daß nach den Ursachen einer Krankheit, eines Unwohlseins gefragt wird. Und das alles, um das Recht des Stärkeren durchzusetzen und dies zur unausweichlichen Normalität zu erklären. Die Konkurrenz jeder gegen jeden kommt im Druck an der Universität, ob zwischen Studierenden um einen Studien- oder Seminarplatz oder zwischen den Fachbereichen, die um die beste Ausstattung konkurrieren sollen oder auch im Sozialabbau zum Ausdruck. Die am stärksten ausgeprägte Form der Konkurrenz ist der Krieg. Weltweit wird derzeit deutlich, dass Konkurrenz und Ausbeutung zunehmend brutaler erzwungen werden sollen, was unweigerlich auch zu mehr kriegerischen Konflikten führt.

Der Krieg der USA und Großbritannien im Irak wird nur auf Grund von wirtschaftlichen Interessen geführt. Die Behauptung, der Irak besitze Massenvernichtungswaffen ist endgültig als das entlarvt, was es von vornherein war: Als Lüge und Propaganda. Nahezu täglich sterben im Irak Menschen, damit Firmen wie Halliburton oder Exxon ihre Profitraten steigern können und in der Konkur-

renz der Wirtschaftsgiganten an der Spitze bleiben. Dies ist erklärtes Ziel der US-Strategie. Präsident Bush erklärte in seiner jüngsten Rede zur Lage der Nation, sein Ziel sei es auch weiterhin, neue Märkte für amerikanische Unternehmen zu erschließen. Wo dies mit "friedlichem" Zwang nicht zu erreichen ist, wird eben Gewalt eingesetzt. Wir wollen diese Politik, die sich am Recht des Stärkeren orientiert, nicht! Krieg und anschließende Besetzung verschlechtern die Lage der Bevölkerung und rufen neue Gewalt hervor. Aber wir alle sind der Widerstand dagegen. Statt Konkurrenz und Ausbeutung brauchen wir eine Welt, in der solidarisches Handeln darauf gerichtet ist, Probleme friedlich und im Interesse aller zu lösen und das Leben aller Menschen zu verbessern. Dafür bedarf es ausreichend Nahrung, Gesundheits- und Sozialversorgung, Kultur, sinnvolle Arbeit und Bildung für alle weltweit. Die Menschheit ist heute dazu in der Lage, dies allen Menschen zu ermöglichen. Dafür muss Bildung zu kritischer Einsicht in die Verhältnisse anregen und zum Nutzen aller Menschen, zur maximalen, gleichen Teilhabe eines jeden an dieser Welt und ihren Möglichkeiten beitragen. Nur durch Bildung sind Menschen in der Lage, ihre eigene Situation zu erkennen und zu verbessern. Soziale Gleichheit, Bildung für Alle, demokratische Mitbestimmung von Inhalten und Strukturen, Kooperation und Solidarität zur Lösung gesellschaftlicher Probleme sind Aufgabe kritischer Wissenschaft für eine bessere Gesellschaft. Dies gilt es von uns allen zu entwickeln. Und indem wir das tun, beginnen wir diese Welt zu verändern und die Zeiten zu wenden. Wissen ist die Grundlage jedes Verstehens. Menschen, die wissen, daß Krieg nur dem Profitinteresse einiger weniger dient, verstehen, dass Frieden nur durch Solidarität geschaffen werden kann. Dies verbindet die Menschen weltweit in der internationalen Friedensbewegung. Und dies gilt es in allen Bereichen, auch und gerade an den Hochschulen zu entwickeln.

Anlässlich des ersten Jahrestages des Angriffs der USA gegen den Irak ruft das Hamburger Forum mit auf zum weltweiten Aktionstag gegen die Besatzung im Irak am 20. März. Hier in Hamburg treffen wir uns um 12.00 Uhr am Kriegsklotz am Stephansplatz. Dies wird der Auftakt sein zu Aktionswochen, die ihren Höhepunkt am 3. April finden werden, dem europaweiten Aktionstag der Gewerkschaften gegen Sozialabbau, mit Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart.

Ich möchte schließen mit einem Zitat von UNO-Generalsekretär Kofi Annan: "Ohne Entwicklung und Hoffnung wird es keinen Frieden geben ... 2004 muss anders werden. Es muss ein Jahr werden, in dem sich die Zeiten beginnen zu wenden."

In diesem Sinne wünsche ich allen Hamburgern eine erfreuliche Wahl und uns allen eine friedliche und erfolgreiche Demonstration.

Wolfgang Rose

Landesbezirksleiter ver.di Hamburg

Liebe streikende Studierende, liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns als Gewerkschaften ist es eine historische Erfahrung, dass Streikmaßnahmen ein legitimes und notwendiges Mittel sind, um die berechtigten Interessen von Betroffenen zur Geltung zu bringen, wenn Argumente und Demonstrationen nicht beachtet werden. Die immer radikalere Kürzungspolitik im Hochschulbereich, die rein betriebswirtschaftliche Betrachtung des Hochschulwesens und die einseitige Ausrichtung der Hochschulen an den Wirtschaftsinteressen sind Elemente einer verfehlten Politik. Der Sozialstaat wird immer weiter demontiert, die Schere zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut öffnet sich immer weiter, immer mehr Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge droht die Privatisierung und damit auch der Verlust an öffentlicher Steuerung und demokratischer Gestaltung. Gegen diese Unterordnung aller Lebensbereiche der Menschen und aller sozialstaatlichen Errungenschaften unter die Marktgesetze, unter das ökonomische Prinzip und unter das kapitalistische Verwertungsinteresse ist gemeinsamer Widerstand und die Forderung nach einer anderen, einer solidarischen und einer zukunftsorientierten Politik gefordert. Darum unterstützt die Gewerkschaft ver.di zusammen mit den anderen Gewerkschaften im DGB die streikenden Studierenden und ihren Protest gegen die katastrophalen Ausbildungsbedingungen an den Hochschulen. Es ist an der Zeit, dass die Studierenden in diesem Land endlich wieder die Scheuklappen eines engstirnigen und fachidiotischen Bildungsbegriffs abwerfen und gemeinsam mit den fortschrittlichen Kräften auf breiter Front für eine demokratische und emanzipatorische Bildung kämpfen und auf die Straße gehen. Bildung ist, genauso wie Gesundheit, etwas anderes als Schuhe oder Autos - Bildung und Gesundheit sind öffentliche Güter; sie gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge, sie müssen in der öffentlichen Verantwortung und der staatlichen Steuerung bleiben und dürfen nicht den Gewinninteressen privater Investoren untergeordnet werden.

Liebe Studierende, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier in Hamburg führen wir seit fast zwei Jahren einen aufreibenden Kampf gegen den Mehrheitsverkauf der 7 städtischen Krankenhäuser, die zusammengeschlossen sind im "Landesbetrieb Krankenhäuser", dem LBK.

Dieser Kampf gegen die Privatisierung der öffentlichen Krankenhäuser betrifft natürlich nicht nur die Beschäftigten und ihre Arbeits- und Tarifbedingungen. Sie betrifft ebenso die PatientInnen in ihrer Behandlungsqualität, als auch alle BürgerInnen in ihrer Versorgungssicherheit und ihrem Zugang zu den Gesundheitsdienstleistungen zu bezahlbaren Preisen. Wir haben in dieser Frage immerhin erreicht, dass sich die SPD und die GAL hinter unsere Forderung gestellt haben: Der Spitzenkandidat der SPD, Thomas Mirow, hat sich auf Tausenden von Plakaten in der Stadt für diese Forderung verbürgt - und wir sind Realpolitiker genug, um zu wissen, dass gegen eine große Koalition in der Hamburger Bürgerschaft der Verkauf der Krankenhäuser nicht zu verhindern gewesen wäre. Wir fordern die heutigen Oppositionsparteien auf, in dieser Frage standhaft zu bleiben, und wir fordern alle WahlbürgerInnen auf, uns bei dem Volksentscheid zu unterstützen.

Liebe Studierende, liebe Kolleginnen und Kollegen,
bei einem völlig privatisierten Gesundheitswesen nach amerikanischem Vorbild droht uns eine 2-Klassen-Medizin. Die Hilfe für Kranke, Verletzte und Pflegebedürftige ist eine Aufgabe des Gemeinwohls und darf nicht zur Profitmedizin verkommen. Wenn die Krankenhäuser im Besitz privater Konzerne sind, wird bald auch der Geldbeutel über die Gesundheit entscheiden. Deshalb gehören unsere Krankenhäuser nicht auf den freien Markt. Beispiele aus Amerika warnen uns: Ein völlig privatisiertes Gesundheitswesen macht die sozial Schwächeren zu unrentablen Patienten, die nur noch behandelt werden, wenn ihr Leben bedroht ist. Private Eigentümer investieren ausschließlich nach Gewinninteressen. Welche Folgen die rücksichtslose Privatisierung unter dem Diktat des freien Marktes für die öffentlichen Aufgaben und die betroffenen Bürger hat, haben Michael Reimon und Christian Felber in ihrem "Schwarzbuch Privatisierung" beschrieben:

- o "Nach der Privatisierung haben die britischen Wasserversorger ihre Tarife um satte 50 Prozent erhöht und 20.000 Haushalten vorübergehend den Hahn abgedreht, weil sie die Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten. Die Hepatitis-A-Fälle verdoppelten sich binnen weniger Jahre.
- o Private Krankenhäuser in den USA ließen schwerkranke Kinder unversorgt, weil die private Krankenkasse der Eltern die Kosten nicht übernehmen wollte.
- o Private Schulen werfen in den USA sogenannte "Problemkinder" raus,

damit sich der Notenschnitt - und damit die Wettbewerbssituation der Schule bessert.

- o. Gewinnorientierte Gefängnisse streichen Ausbildungsprogramme für Häftlinge und finanzieren Wahlkämpfe von Politikern, die für längere Haftstrafen eintreten."

Liebe Studierende, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Beispiele zeigen, welche katastrophalen Auswirkungen die Privatisierungspolitik hat. Und darum müssen wir alles daran setzen, dass der Volksentscheid gegen den Ausverkauf der städtischen Krankenhäuser in Hamburg zu einem basisdemokratischen Signal gegen Marktradikalismus und Neoliberalismus wird. Hamburg braucht die Mehrheit an den städtischen Krankenhäusern, um die Stadt vor zukünftigen Versorgungskrisen oder -defiziten zu schützen. Wenn die Krankenhäuser erst mal verkauft sind, können sie kaum zurückgekauft werden. Der Senat hat in Wirklichkeit Angst vor den Bürgern. Deshalb wollte er seine Verkaufspläne gegen den Willen der Menschen in einer Nacht- und Nebel-Aktion durchpauken. Ole von Beust hätte schon lange unterschrieben, wenn er nicht durch das Scheitern des Rechtssenats zum Rückzug gezwungen worden wäre. Für uns ist der Volksentscheid "Gesundheit ist keine Ware" am 29. Februar die erste große Chance, in dieser Stadt, ein sozialstaatliches und basisdemokratisches Zeichen zu setzen:

- o Wir wollen keine Politik eines gnadenlosen Neoliberalismus,
- o wir wollen keine Politik der marktradikalen Privatisierung,
- o wir wollen keine Unterordnung aller Lebensbereiche unter das Prinzip der Ökonomie,
- o wir wollen stattdessen den Ausbau und die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge, mehr Verteilungsgerechtigkeit und eine Politik für eine solidarische Stadt.

Ich fordere alle Hamburger BürgerInnen auf: Zeigen Sie der herrschenden Politik, wo es lang gehen soll: Gesundheit ist keine Ware, Bildung ist keine Ware - der Mensch ist keine Ware.

Holger Griebner gewerkschaftlicher Interessenvertreter der Mitarbeiter vom FIXStern

Guten Tag,

ich arbeite in der Hamburger Drogenhilfe. Als ich vor dreißig Jahren Sozialpädagogik studierte, hat jedes Semester mit einem längeren Streik begonnen. Auch wir hatten schon erkannt, dass unsere hochschulpolitischen Forderungen nur durchzusetzen sind, wenn wir uns verbinden mit anderen Kräften ausserhalb der Hochschulen. Das macht ihr heute viel besser als wir es konnten. Heute sind viele Illusionen über die Parlamente, Parteien und Regierungen zerstört. Unsere eigenen Interessen müssen wir schon selbst vertreten - das macht niemand sonst für uns. Also haben wir im November letzten Jahres eine Einrichtung der Drogenhilfe besetzt und den Betrieb gegen den Senatswillen fortgeführt bis die Behörde die Geschäftsführung veranlasst hat, uns mit Polizeigewalt zu räumen. Wir sind mit dieser Aktionsform im ersten Anlauf nicht durchgekommen. Aber wir haben uns gewehrt - sichtbar für viele Menschen in dieser Stadt haben wir Notwehr geleistet gegen die Sozial-Abrissbirne des Beust-Schill- Senats. Einige Fachschaftsräte und ASTen hatten uns unterstützt. Heute unterstützen wir euch. Solidarität ist eben die intelligente Form von Eigennutz.

Danke



Anette (Nico) Sawatzki

Wahlbündnis Regenbogen

Wo wir gerade stehen [Springer-Gebäude am Axel-Springer-Platz, Anm. d. Red.], vor der Tür eines der größten Medienkonzerne der Welt, standen schon einmal protestierende Studentinnen und Studenten. Für die Älteren hier vielleicht ein déjà vu.

Die Studierenden damals in den 60ern protestierten gegen einen Krieg, der von den USA geführt wurde, um ihre Dominanz in einer strategisch wichtigen Region zu sichern, und der von der deutschen Regierung unterstützt wurde. Sie protestierten gegen die alten und neuen Nazis, die sich nach wie vor breit machten. Sie protestierten gegen Pläne für eine Hochschulreform, die denjenigen, die heute durchgesetzt werden sollen, fast zum Verwechseln ähnlich sahen. Und irgendwann richtete sich ihr Protest auch gegen das Medienhaus, vor dem wir gerade stehen.

Sein Flaggschiff, die Bildzeitung, war schon damals die mediale Speerspitze einer formierten Gesellschaft: einer Gesellschaft, in der Abweichung nicht geduldet werden sollte, und in der Leute, die Kritik übten und Diskussion einforderten, als kriminelle Subjekte betrachtet wurden. "Haut dem Springer auf die Finger", forderten die Studierenden, nachdem die Hetze der Bildzeitung zwei Leute - einer davon Polizist - dazu gebracht hatte, auf friedliche Studenten zu schießen. Beide Male mit tödlichen Folgen.

Das ist lange her, und wir alle hoffen, dass es nie wieder so weit kommt. Wir hoffen, dass die Diffamierung und die Hetze, die zum Geschäft dieses Hauses hier gehören, nie wieder solche brutalen und traurigen Folgen haben werden.

Wir sehen aber auch, dass Springer sich seit den späten 60ern ausgebreitet hat. Damit meine ich nicht nur, dass dieser Konzern immer größer und einflussreicher geworden ist. Damit meine ich eine Veränderung der Medienlandschaft, inklusive des Fernsehens, die ich als "Verspringerung" bezeichnen möchte. Titten und Tränen, Mord und Totschlag, Stammtischparolen und Politik als Show - damit macht längst nicht nur das Haus Springer ein Bombengeschäft. Springer ist ansteckend.

Diese Verspringerung der Medien schließt sich kurz mit dem, was im Bildungssystem geschieht: Insgesamt ist man bestrebt, das Wissen zu verknappten,

und zwar da, wo es interessant wird. Man ist bestrebt, das Wissen, das relevant ist für gesellschaftliche Entscheidungen, als sog. Führungswissen zu definieren und nur noch einer Elite vorzubehalten. Für den "schäbigen Rest" der Bevölkerung - schlappe 90 Prozent in etwa - will man nur noch das liefern, was ein Berater des früheren US-Präsidenten Clinton einmal "tittytainment" genannt hat. Brot und Spiele, hieß das im alten Rom: ein bisschen was zu fressen, ein bisschen was zu saufen, und dazu leichte Unterhaltung, die das Hirn vollstopft und zum Denken zu müde macht. Die Elite will führen - und dazu braucht sie eine Herde, die sich auch führen lässt. Dass das nichts mehr mit Demokratie zu tun hat, das weiß man genau - aber man spricht es lieber nicht aus. Man will die Leute ja nicht aufregen. Sonst werden sie noch widerspenstig.

Wissen wird nicht nur in den Schulen und Hochschulen produziert und in Umlauf gebracht. Auch in den Medien wird darüber entschieden, was in einer Gesellschaft gedacht und gesagt werden kann, was als vernünftig gilt und was als irrational, was wichtig ist und was als belanglos zu gelten hat.

Was gilt als wichtig? Ist es wichtig zu wissen, welche Pappnasen gerade in irgendeiner Reality-Show Dünnsinn verzapfen - heiße diese Reality-Show nun Big Brother oder auch Christiansen? Ja, das ist anscheinend wichtig. Ist es wichtig zu wissen, wie man Ole von Beust durch psychologische Tricks ins Stottern bringen kann? Ja, auch das ist wohl wichtig. Ist es wichtig zu wissen, welches Filmsternchen gerade mit welchem Pop-



sternchen was auch immer macht? Ja, das alles ist wichtig zu wissen - um "mitreden" zu können. Unwichtig aber ist es zu wissen, was man selbst wirklich möchte und warum man es nicht bekommt. Unwichtig zu wissen, warum die Nachbarin immer so traurig und fertig wirkt, wenn sie einem im Treppenhaus begegnet. Unwichtig zu wissen, warum denn der LBK in Wirklichkeit in den roten Zahlen ist, und wer dafür verantwortlich ist. Unwichtig zu wissen, warum an unseren Unis nicht vernünftig studiert werden kann, und wie man das ändern könnte. Von diesen Unwichtigkeiten spricht man nämlich nicht und schreibt man nicht, erst recht nicht in großen Buchstaben.

Die Botschaft, die uns stattdessen entgegendröhnt aus den Zeitungen, aus dem Fernsehen und aus den Mündern der Politiker, die für diese sogenannten Bildungs- und Sozialreformen wie dem "HochModern" und der Agenda 2010 verantwortlich sind - diese Botschaft ist immer dieselbe. Sie lässt sich auf einen Satz reduzieren: "There is no alternative" - es gibt keine Alternative". Man wiederholt diesen Satz so oft, dass es sich bei ihm anscheinend um den Stein der Weisen handeln muss. Fünftausend Jahre menschlicher Zivilisation können nicht umsonst gewesen sein! Aber nicht nur als ehemalige "Langzeitstudentin" kann ich erkennen, dass es sich bei diesem Satz um den Gipfel der Blödsinnigkeit handelt. Es gibt keine Alternative - das soll eine Begründung für irgendwas sein? Und dann auch noch für Politik, die unsere Lebensbedingungen bestimmt? Da lachen nicht mal mehr die Hühner, da können auch die nur noch drüber weinen:

Es soll keine Alternative zum Bezahlstudium geben. Es soll keine Alternative dazu geben, dass private Kapitalgeber die Inhalte des Studiums bestimmen, während die Studierenden die Kosten tragen. Es soll keine Alternative dazu geben, dass die Grundrechte auf soziale Sicherheit, auf Gesundheit, auf Bildung außer Kraft gesetzt werden. Es soll keine Alternative dazu geben, dass man sie durch Privatisierung, durch Konkurrenz, durch Vermarktung in Bezahlgüter, in Waren verwandelt. Es soll keine Alternative dazu geben, dass die Geldbörsen jedes Einzelnen darüber entscheidet, welche Lebenschancen er in dieser Gesellschaft hat.

Wie ein Mantra flüstert und posaunt man es uns ins Ohr, solange, bis wir endlich daran glauben. Kritik, Argumente, Diskussionen, die zu einer aufgeklärten Meinungsbildung führen können? Fehlanzeige. Diese Elite, die mit allen Mitteln versucht, sich selbst noch reibungsloser zu reproduzieren und vom schäbigen Rest der Mehrheit noch stärker abzusetzen, hat daran wirklich kein Interesse. Denn dann könnte sich ja herausstellen, dass es sehr wohl Alternativen gibt.

Alternativen zu ihr, der Elite, und ihrer Politik der sozialen Spaltung.

Der berühmte Satz, es gebe keine Alternative, stammt angeblich von Margret Thatcher. Thatcher hat noch einen zweiten Satz geprägt, der etwas weniger berühmt, aber ebenso brisant und falsch ist wie der erste. Dieser Satz lautet: "There is no such thing as "society" - es gibt so etwas wie "Gesellschaft" gar nicht." Es gibt nichts, was die Menschen, die auf einem Flecken Erde zufällig nebeneinander leben, miteinander verbindet. Menschen sind wie Atome: ohne irgendeine Verbindung zueinander, jeder steht und kämpft nur für sich - Egoisten, die nur für sich selbst zu sorgen haben.

Die beiden Sätze gehören zusammen. Und beide Sätze sind das, was man selbsterfüllende Prophezeiungen nennt. Politiker, Wirtschaftsbosse, Medienkonzerne arbeiten hart daran, diese Sätze Wirklichkeit werden zu lassen: Durch das Totschweigen von politischen Alternativen und durch die Diskreditierung der Menschen, die diese Alternativen vertreten. Und durch eine asoziale Politik, die Menschen gegeneinander in Stellung bringt, ob sie es wollen oder nicht. Durch eine Politik, die Menschen dazu zwingt, ihre Ellbogen auszufahren, um gegeneinander statt miteinander zu kämpfen - für ihr Überleben und mehr, für ein gutes Leben.

Das Symbol für eine Wende zum Besseren ist seit alters her der Regenbogen - ganz ähnlich wie die Morgenröte. Unter dem Zeichen des Regenbogens haben sich Menschen zusammengefunden, die aus unterschiedlichen Bewegungen, aus unterschiedlichen politischen Organisationen, aus verschiedenen sozialen Initiativen kommen. Wir sind sehr unterschiedlich, aber was uns alle eint, sind ein Wille und ein Wissen. Uns verbindet der Wille, diese neoliberale Politik der sozialen Spaltung in eine zahlungskräftige und bescheidwissende Elite einerseits und eine entrechtete, verarmte und der Verdummung preisgegebene Masse nicht länger hinzunehmen. Und uns verbindet ein Wissen. Wir wissen, es gibt Alternativen zu dieser Politik, und wir wissen: die Träume, die Fähigkeiten, die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und solidarisch miteinander zu leben - sie lassen sich nicht einfach für tot erklären. Wir haben uns zusammengefunden, um auch bei der Bürgerschaftswahl unsere Entschlossenheit zu zeigen. Unsere Entschlossenheit zu gemeinsamem Protest, zu gemeinsamem Widerstand und zur gemeinsamen Entwicklung einer anderen Politik. [...]

Tobias Berking

Teilnehmer der Anti-Nazi-Demo am 31. 01. 04

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe Studierende, liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten.

~~Am letzten Samstag~~
Ende Januar
gab es eine Demonstration von Neonazis gegen die Wanderausstellung "Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944", die jetzt in Hamburg gezeigt wird.

Auf der Gegendemo versammelten sich fünf- bis sechstausend Antifaschistinnen und Antifaschisten, um ihren Protest gegen die Faschisten zum Ausdruck zu bringen. Während die Neonazis mit faschistoiden Parolen mobilisieren und vor den Bürgern geschützt demonstrieren konnten, wollten Innensenator Nockemann und Polizeipräsident Nagel mit dem Polizeieinsatz bei der Gegendemo offensichtlich beweisen, dass "linke Chaoten" das Problem seien, und nicht die Neonazis.

Mitten in einer Rede der Ausschwitzüberlebenden Esther Bejarano wurden nach einzelnen Schneeballwürfen Wasserwerfer und Schlagstöcke eingesetzt, die Demo sollte aufgelöst werden. Ein Polizist wurde losgeschickt, um dem Lautsprecherwagen den Generator zu klauen, so dass die Rede nicht gehalten werden konnte.

Esther Bejarano selbst ist heute leider verhindert, aber ich werde jetzt aus der Rede zitieren:

"Merkwürdigerweise führt das offene Bekenntnis zum verbotenen Nationalsozialismus - warum wären sonst die Symbole, z.B. das Hakenkreuz, verboten - nicht etwa zum Verbot von Propaganda und Aktion und Organisation. Nein, im Gegenteil übertreffen sich Justiz und Politik in Beteuerungen, Verbote seien mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Schon muss man lesen, die Forderung nach Verbot selbst sei verfassungswidrig. Und jede Störung einer "erlaubten Demonstration" wird neuerdings als Strafbestand geahndet!

In München wurde schon der ehemalige KZ-Häftling Martin Löwenberg zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er dazu aufforderte, sich den braunen Horden in den Weg zu stellen, solange es noch geht - immerhin hat er selbst ja, wie ich auch - schon erlebt, wie schnell es dann eben nicht mehr ging, nachdem der alte Militarist und Reaktionär Hindenburg einer Forderung der Wirtschaft nachkam, und Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler machte."

Soweit aus der Rede.

Wieso aber hat der Antifaschismus heute eine solche Brisanz, dass der Rechtsenat so viel daran setzt, uns zu diskreditieren und zu verhindern? Wieso macht der Springer-Verlag, vor dem wir hier stehen, eine Berichterstattung über einen

"gewalttätigen linken Mob", hat aber scheinbar kein ernstes Problem mit einer Neonazidemo, die eintritt für die Unterordnung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bis in den Krieg?

Die Brisanz hat der Antifaschismus, weil die Lehren aus Faschismus und Krieg so hohe aktuelle Bedeutung haben. Im Potsdamer Abkommen der Anti-Hitler-Koalition wird dies so formuliert, dass Deutschland entnazifiziert, entmilitarisiert sowie wirtschaftliche Macht durch die Entflechtung monopolistischer Großunternehmen eingeschränkt werden sollte, damit von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen kann.

Doch die Macht der privaten Großunternehmen einzuschränken, liegt dem amtierenden Senat fern. So stellte sich Ole von Beust vor den Überseeclub (das ist eine Runde geldschwerer Hamburger Pfeffersäcke), und fand die fortwährende Diskreditierung des "Rechts des Stärken", dadurch dass die faschistische Ideologie sich darauf berief, problematisch. Denn: "Im Reflex auf diese verwerfliche Politik erleben wir heute, dass allein das Berufen auf das "schwach sein" moralische und politische Ansprüche auslöst, die einer Überprüfung nicht stand halten." Er sagt, ein Systemwechsel sei von Nöten, und meint damit den "Markt als Prinzip" für alle Lebensbereiche durchzusetzen. Gerecht sei, dass wer sich sein Leben lang als hinreichend "leistungsstark" erweise, "ja auch die notwendigen freien Mittel eine bessere Altersversorgung zu vereinbaren, als andere" habe, so Ole von Beust.

Jeder gegen Jeden, Jeder so lang er kann, und wer nicht willens ist, oder nicht im Stande, in der Konkurrenz zu bestehen und sich so weiter ausbeuten zu lassen, der kann sehen wo er bleibt. In Hamburg besser nicht, denn Arme sind im Senatskonzept der "Wachsenden Stadt" nicht vorgesehen, ihr Elend stört bei der Werbung gegen die Standortkonkurrenz.

Die Lehren aus Faschismus und Krieg heute ernst zu nehmen, muss heißen Kooperation statt Konkurrenz zum allgemeinen Prinzip unter Menschen zu machen. Dafür müssen wir entgegen Sozialabbau, Privatisierung und Kommerzialisierung eintreten für sozialen Fortschritt. Für Vollbeschäftigung, Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung und den Ausbau der staatlichen sozialen Sicherung. Die Lehren ernst zu nehmen muss heißen, die demokratische Bestimmung am Arbeitsplatz, in den Bildungseinrichtungen und in der Kultur auszubauen, Bildungsgebühren zu verhindern, kritische und daher allgemein nützliche Bildung und Wissenschaft zu erstreiten. Erst die Umsetzung der Lehren, die umfassende Demokratisierung und soziale Entwicklung auf Kosten der Macht einiger weniger Kapitaleigner, macht Frieden möglich.

In diesem Sinne: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Olaf Schwede DGB Hamburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

der DGB und seine Gewerkschaften haben mit zu dieser Demonstration aufgerufen. Wir unterstützen die Zielrichtung des Protestes. Wir unterstützen den Kampf gegen eine Politik, die mit Studiengebühren die soziale Selektion an den Hochschulen befördern möchte. Wir unterstützen den Protest gegen einen stärkeren Einfluss der Wirtschaft an den Universitäten. Wir unterstützen den Widerstand gegen den Abbau von Mitbestimmungsrechten. Wir unterstützen ihn, weil wir wissen, dass es kein Kampf ist, der nur die Hochschulen betrifft.

Privatisierungen und Sozialabbau sind zu selbstverständlichen Modeerscheinungen geworden. Die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern sich zunehmend. Dagegen ist politischer Widerstand notwendig.



Der Hamburger Senat hat sich nicht nur in der Hochschulpolitik zum Klassenprimus dieser Politik gemausert. Er hat die aktive Arbeitsmarktpolitik abgewickelt und uns den bundesweit größten Zuwachs an Arbeitslosigkeit beschert. Er plant das größte öffentliche Krankenhausunternehmen Europas, den Landesbetrieb Krankenhäuser, für einen Spottpreis an einen privaten Konzern zu verkaufen und nimmt eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung billigend in Kauf. Er will die beruflichen Schulen Hamburgs in eine wirtschaftsnahe Stiftung überführen und den Bildungsauftrag des Staates minimieren. Auch hier nimmt er die Folgen, wie den Verlust tausender vollzeitschulischer Bildungsangebote billigend in Kauf.

Gegen die Politik des Hamburger Senats hat es in den letzten zwei Jahren zahlreiche Aktivitäten gegeben: Volkspetitionen, Volksbegehren und Demonstrationen mit Tausenden von Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Der Bildungsbereich stand immer in der vordersten Reihe der Proteste. Ein Schulse-nator hat seinen Hut nehmen müssen. Dass es dem Wissenschaftssenator nicht genauso ergangen ist, ist bedauerlich. An den Protesten der Studierenden hat das aber sicherlich nicht gelegen. Ihr seid neben LBK und den Schülern der beruflichen Schulen einige der wenigen Initiativen, die es verstanden haben ihren Protest auch in den Wahlkampf zu tragen. Vielen Dank dafür!

Liebe Freundinnen und Freunde aus ganz Norddeutschland: Ihr seid mit Eurer Demonstration in der richtigen Stadt! Diese Senatspolitik muss ein Ende haben. Der Appell des DGB an alle Hamburgerinnen und Hamburger: Geht am 29.02. zur Wahl und macht deutlich was ihr von dieser Politik haltet. Und: Stimmt beim Volksentscheid mit "JA"! Ein "JA" für unsere Krankenhäuser.

Der Protest gegen Bildungs- und Sozialabbau muss aber auch über die Hamburger Bürgerschaftswahl hinausgehen. Er muss zu einem gemeinsamen, bundesweiten, zu einem gemeinsamen europaweiten Protest werden! Am 03. April findet ein europaweiter Aktionstag gegen Sozialabbau statt. In allen europäischen Hauptstädten werden die Menschen an diesem Tag auf die Straße gehen. Sonderzüge und Busse werden an diesem Tag aus ganz Deutschland nach Berlin fahren. Mein Aufruf an Euch: Kommt mit! Heute sind die Berliner hier! Am 03. April sind wir bei Ihnen!

Felix Lorenzen

SchülerInnenkammer Hamburg

Die SchülerInnenkammer, die Vertretung für die über 220.000 Schülerinnen und Schüler in Hamburg, solidarisiert sich mit den Protesten gegen die Hochschulpolitik in Hamburg und Deutschland.

Wir begrüßen die Proteste für eine andere Bildungspolitik. Die Zeit des Kürzens und Sparens muss genauso wie der Trend zu mehr Leistungsdruck vorbei sein. Was euch Studentinnen und Studenten das Bachelor und Master ist, ist uns das völlig überhastete Zentralabitur und Kürzungen an der Bildung mussten auch wir Schülerinnen und Schüler in den letzten Jahren in einer dramatischen Form erleben:

Schule wird verstärkt ein Ort, wo stupide Wissen gepaukt werden soll. Soziale Kompetenzen, Förderung von Lernschwachen, Vorbereitung auf das Leben nach der Schule wird nebensächlich - und der Druck nimmt zu.

Und das passiert, obwohl Schule und Bildung gerade jetzt die Aufgabe haben müssen, zu integrieren, Barrieren abzubauen, eine kritische Jugend zu fördern. Mit der derzeitigen Bildungspolitik werden die künftigen Probleme der Gesellschaft bestimmt nicht gelöst!

Die Entwicklung, die wir verfolgen müssen, besteht nämlich aus Nachrichten, wie sie jetzt von den Schulen berichtet werden: Gewalt, Mobbing, Diskriminierungen usw. Anstatt anzusetzen und die Probleme zu thematisieren, sie zu problematisieren, ein Klima des Vertrauens zu schaffen, sollen die Probleme nun schlichtweg abgeschoben werden. In die Freizeit, dort wo eine Aufarbeitung - wenn überhaupt - nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden kann.

Was wir brauchen, sind unbedingt mehr Mittel, aber gleichzeitig auch eine grundlegende Reform zu einer Bildungspolitik, die beide Aufgaben wahrnimmt: Die Vermittlung des Wissens und die soziale Komponente. Sowas muss sich eine Gesellschaft doch wohl leisten können!

Wir haben die Aufgabe hier anzusetzen. Die Bewegung für Bildung wird immer größer. Natürlich gibt es noch großen Nachholbedarf, die meisten Schülerinnen und Schüler sind oft nicht sonderlich motiviert, aber gemeinsam, wenn alle Betroffenen (und nicht direkt Betroffenen) sich für eine gute Bildung stark machen, können wir etwas erreichen. Die Bildungsbewegung wird größer!

Und das ist die Grundaussage, die ich hier als Schülervertreter machen will: Lasst uns zusammenarbeiten!

Und das letzte - und übrigens auch dümmste - was die Verantwortlichen machen dürften, wäre die Mitbestimmung zu verringern.

Wir haben ein Recht auf gute Bildung.

Danke.

Benjamin Branzko Uni Hamburg

Liebe Kommilitonen und Kommilitoninnen,

seit nunmehr vier Wochen haben wir Studierende der Universität Hamburg gestreikt! Die Vollversammlungen vom 13. und 20. Januar beschlossen mit großer Mehrheit, dass die Aktionsform "Streik" die Grundlage bietet, um eine kraftvolle studentische Opposition gegen die neoliberalen Bestrebungen der herrschenden Politik zu formieren, die uns vor allem von Seiten des Hamburger Rechtssenates entgegenschlägt.

Unsere Proteste richten sich gegen die Unterordnung der Menschen unter die Profit- und Verwertungsinteressen der Großunternehmen. Diese sehen in uns sowie allen Menschen nur noch ihr Kapital - Humankapital, das sie nach Belieben einsetzen, umsetzen und auch aussetzen können.

Der Hamburger Rechtssenaat hat in den vergangenen zwei Jahren alles daran gesetzt, um diese neoliberalen Umstrukturierungen durchzuboxen, um Druck auf uns Studierende auszuüben, auf dass wir uns leistungs- und bereitwillig unterwerfen.

Durch Studiengebühren, Androhung von Zwangsexmatrikulation und einem repressiven Bachelor/Master-Modell soll der Druck aufgebaut werden. Durch Beschneidung der inneruniversitären Demokratie durch die Einsetzung eines Hochschulrats, besetzt mit Lobbyisten und Funktionären aus der Wirtschaft, soll abgesichert werden, dass nur gelehrt wird, was den Verwertungsinteressen des Kapitals dient.

Doch haben sich durch den Zusammenbruch des Hamburger Rechtssenates im Dezember neue Chancen ergeben:

Jetzt ist es an der Zeit, diese Situation zu nutzen, um unserer Kritik in der Öffentlichkeit Ausdruck und Nachdruck zu verleihen! Jetzt gilt es, für einen Politikwechsel zu kämpfen, so daß unsere Forderungen nach einer kritischen Universität umgesetzt werden, in der Forschung und Lehre in humanistischer Verantwortung gewährleistet sind. Wir haben über unsere Aktivitäten der vergangenen Wochen eine enorme Öffentlichkeit erreicht. Die Hamburger Zeitungen waren voll von Berichten über unsere Aktivitäten. Das ist der Weg, über den wir Druck auf den zukünftigen Senat ausüben können, über den wir die Politik in unserem Sinne beeinflussen können.

Z.B. ist es sicherlich nicht zuletzt auf unseren Protest zurückzuführen, daß der Bürgermeisterkandidat der SPD, Herr Mirow, sich öffentlich von Wissenschaftssenator Dräger distanziert hat und erklärte, dass Dräger unter einem SPD-Senat nicht für den Posten des Wissenschaftssenators in Frage käme.

Außerdem haben wir durch den massiven Druck unserer Proteste erwirkt, dass der Akademische Senat sowie der neue Hochschulrat beschlossen haben, die für die Erhebung von Studiengebühren gesetzlich notwendigen Regelungen nicht zu schaffen. Damit haben wir für das nächste Semester vorerst nicht mit Studiengebühren zu rechnen.

Wir können also etwas bewirken! Doch wäre es falsch, sich zu sehr auf die Träger der politischen Ämter zu verlassen! Wir müssen unsere Position weiterhin unabhängig und mit aller Entschlossenheit vertreten, ganz gleich, welche Fahne künftig das Hamburger Rathaus zieren wird.

Unsere politische Auseinandersetzung steht in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. Die Unterwerfung der universitären Forschung und Lehre unter die Interessen des Wirtschaftsstandortes Hamburg ist eine weitere Zäsur im großen Prozess der Ökonomisierung des Sozialen. Die Zerschlagung des Sozialstaates wird bundesweit auf allen Ebenen vorangetrieben.

Ob im Gesundheitswesen, im Rentenwesen oder in der Arbeitslosenfrage; unsere sozialen Grundrechte werden zu Fragen der privaten Lebensführung erklärt. Jeder soll künftig allein für sich selbst sorgen müssen - wenn er es sich leisten kann. Damit soll die Grundlage für eine neue Art der Ausbeutung geschaffen werden, in der sich die Menschen vollends den Kriterien der wirtschaftlichen Verwertbarkeit unterwerfen müssen.

Diese zunehmende Individualisierung des sozialen Schicksals hat zur Folge, dass der Sinn für die Gemeinschaftlichkeit verloren geht, daß wir zunehmend voneinander isoliert und so politisch handlungsunfähig werden.

Auch an unserer Universität ist dies schon jetzt zu beobachten. In überfüllten Seminaren befinden wir uns in ständiger Konkurrenz. Und unter den neuen Strukturen wird der Leistungs- und Selektionsdruck noch intensiviert. Wir werden alle untereinander in Konkurrenz stehen um die wenigen Master-Studiplätze, die die Quote vorsieht.

Wir dürfen uns nicht gegeneinander aufhetzen lassen! Auch dürfen wir nicht

zulassen, dass die verschiedenen, vom Sozialabbau betroffen gesellschaftlichen Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, das sie in Konkurrenz gesetzt werden um die Almosen, die man ihnen vor die Füße wirft. Das ist doch, was die Herrschenden erreichen wollen.

Deshalb solidarisieren wir uns mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen über die Grenzen der Städte und Länder hinweg, um der herrschenden Politik des Neoliberalismus gemeinsam in einer starken sozialen Front gegenüberzutreten.

Der Streik an der Universität Hamburg ist insofern Teil einer großen, gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Nehmen wir also unsere Verantwortung in dieser Auseinandersetzung wahr und setzen uns weiterhin ein für eine gerechte, demokratische Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der alle Menschen, gleich welcher sozialen Herkunft, die gleichen Möglichkeiten des Zuganges zu Wissen haben. In der die universitäre Forschung und Lehre der kritischen Auseinandersetzung über die Gestaltung unserer Lebensverhältnisse dient, anstatt den Profitinteressen der Lobbyisten und Funktionäre aus der Wirtschaft. Setzen wir uns ein für eine Gesellschaft, in der wir alle gleichberechtigt unsere Lebensverhältnisse gestalten können. Lassen wir uns die politische Bevormundung nicht länger gefallen!

Allein machen sie uns ein, aber zusammen sind wir stark! Seht Euch die Infrastrukturen an, die wir in unserer Protestbewegung herausgebildet haben. Wir leisten starken, organisierten Widerstand.

Die zunehmende Repression durch die Staatsgewalt, ist ein Zeichen dafür, dass die Herrschenden unseren Widerstand als ernsthafte Gefahr für ihre Vorherrschaft wahrnehmen.

Wir dürfen uns Repressionen nicht gefallen lassen, sondern müssen weiter kämpfen! Alle zusammen, entschlossen Seite an Seite.

Denn gemeinsam können wir die Vorherrschaft dieser autoritären, neoliberalen Politik zum Stürzen bringen!

Also, wecken wir diese Gesellschaft endlich auf aus ihrem politischen Dornröschenschlaf.

Die Hemdsärmel hochgekrempelt, um die Verhältnisse umzukrempeln!

Nehmen wir uns endlich, was uns gehört! Fangen wir mit dieser Stadt an. Noch heute!

Hamburger Studienmodell für Exzellenzförderung

Demosong von Bény der Soziologie studiert

1) Laßt in wirtschaftsliberaler Theorie Euch unterrichten
Lernet Rational zu denken, den Zehn-Jahres-Plan zu sichten
Bildung als Ressource gilt es kosteneffektiv zu nutzen
Deshalb die Kapazitäten dem Bedarf gemäß zu stutzen

Betrachtet man die Entwicklung unsrer Metropolregion
Reicht zur Standortsicherung eine kleine Elite schon
Für alle die übrig bleiben finden wir schon irgendwo
Neue Dienstleistungsberufe oder'n Job im Büro

Wollt Ihr Politik studieren, praxisnah und mit Niveau
Kommt in uns're Hansestadt, solch' Exzellenz gibt's nirgendwo
Uns're Universität ist des Fortschritts Gallionsfigur
Wir sind mit mutigen Konzepten uns'rer Zukunft auf der Spur

2) Unsere Dozenten sind von äußerst hoher Prominenz
Allesamt Gelehrte der "Hamburger Schule für Effizienz"
Unser Wissenschaftssenator ist der geistige Begründer
Intellektueller Führer der Reform großer Verkünder

Er ist ein Vorbild ohne Beispiel, wir sind stolz, daß er hier lehrt
Die Plätze in seinem Seminar für Rhetorik sind heiß begehrt
Lernt dort wie die eigene Erscheinung man auf Hochglanz putzt
Wie man Podiumsdiskussionen klug für Propaganda nutzt

Wollt Ihr Politik studieren, glanzvoll und mit großer Show
Kommt in uns're Hansestadt, solch' Eitelkeit gibt's nirgendwo
Uns're Universität ist des Fortschritts Gallionsfigur
Wir sind mit mutigen Konzepten uns'rer Zukunft auf der Spur

3) Lernet nur von dem Geschäfte Hinterzimmerpolitik
Vollendete Tatsachen entbehren lästiger Kritik
"Kommissionen" nennt man die modernen Formen des Regierens
Ohne das Problem des demokratischen Legitimierens

Ihre Expertise lautet: "Förderung der Exzellenz!"
Leistungsdruck auf die Rekruten für den Kampf zur Konkurrenz
So studier' ein jeder alles und so fleißig wie er kann
Die Lehrbücher für's Seminar gibt's exklusiv bei Bertelsmann...

Oh, wollt Ihr Politik studieren, intrigant und mit Niveau
Kommt in uns're Hansestadt, solch' Arroganz gibt's nirgendwo
Uns're Universität ist des Fortschritts Gallionsfigur
Wir sind mit mutigen Konzepten uns'rer Zukunft auf der Spur

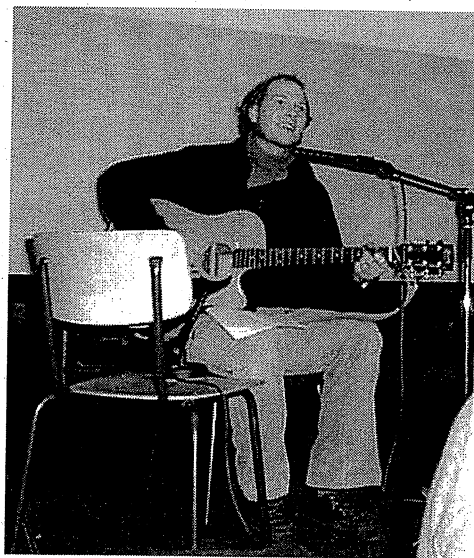
4) Im Vorlesungsverzeichnis steht ein ganz besond'res Seminar
Es heißt: "Formen des Widerstands" und ist auch recht sonderbar
Dort sitzen die queren Sozis, die darüber diskutier'n
Wie sie wohl beim nächsten Streik den laufenden Betrieb blockier'n

Die sagen daß die Bildung Grundrecht eines jeden Menschen sei
Wollen kritisch Wissenschaft betreiben - und gebührenfrei!
Soll'n sie weiter träumen, für 'ne bessere Welt protestiern
Bald kann man diese Rabauden dafür endlich exmatrik...

Oh, wollt Ihr Politik studieren,
knüppelhart bis zum K.O.
Kommt in uns're Hansestadt,
solch' Sauerei gibt's nirgendwo
Uns're Universität ist des Fort-
schritts Gallionsfigur
Wir sind mit mutigen Konzepten
uns'rer Zukunft auf der Spur

Und doch...

Wollt Ihr Politik studieren, radikal
und lebensfroh
Dann rettet uns're Hansestadt und
Eure Freiheit ebenso!



Demo-Bericht von Stefanie Meyer veröffentlicht in der StreikPost Nr.17

"Ich will den Kapitalismus lieben, weil so viel für ihn spricht, ich will den Kapitalismus lieben, aber ich schaffe es einfach nicht! Das liegt wahrscheinlich an den Scheiß-Verlierern, die sich immer auf die anderen verlassen, die ihr Leben nicht geregelt kriegen und mir ein schlechtes Gewissen verpassen. Das liegt an dieser christlichen Erziehung, an dieser komischen Schwäche für die Schwachen, als ob das die besseren Menschen wären, da kann ich ja nur lachen...." - dröhnte es vom Lautsprecherwagen, als am Samstag, den 7.2. der Demonstrationzug der Norddemo in die Mönckebergstraße einbog, woraufhin die Passanten doch ein wenig beschämt auf ihre prallgefüllten Einkaufstüten blickten.

Die streikenden Studierenden der Uni Hamburg hatten unter dem Motto: "Wissen verbindet - Gemeinsam gegen Bildungs- und Sozialabbau" zur Demonstration eingeladen. Mehrere Hochschulen, darunter Vertreter aus Berlin, Emden, Hannover, Lüneburg und Göttingen, sowie die Gewerkschaften, verschiedene soziale Verbände, Gruppen und Organisationen aus Hamburg waren dem Aufruf gefolgt und demonstrierten bereits mit, als sich vom Saturn-Gebäude ein Banner mit der Aufschrift "Freie Bildung" entrollte, das nun auch die am Bahnhof neu hinzugekommenen Gäste aus Bremen begrüßte. Zu diesem Zeitpunkt bezifferte sich die Anzahl der Demonstrierenden selbst nach Polizeiangaben - und die sind bekanntlich ja immer ein wenig knapp bemessen - auf über 2200. Das war in Anbetracht des Wetters, der kurzen Mobilisierungszeit, des Zeitpunkts kurz vor Semesterende und bei allem Planen ziemlich vernachlässigten Mobilisierung innerhalb Hamburgs kein schlechtes Ergebnis. In Anbetracht der Tragweite unseres Problems, waren es jedoch entschieden zu wenige!!!

Bei denjenigen jedoch, die vor Ort waren, herrschte Entschlossenheit und gute Stimmung vor - trotz des miserablen Wetters. Durch beharrliches, penetrantes Nachhaken war es gelungen, die geplante Demoroute vom Uni-Gelände zum Hauptbahnhof durch die Mönckebergstrasse zum Axel-Springer-Platz und wieder zurück zur Uni auch wirklich durchzusetzen, und die Handelskammer dadurch mal wieder einer akuten "Demonstrationsbelastung" auszusetzen. Die Polizei zeigte denn auch, dass der studentische Protest inzwischen ernst genommen wird, denn sie schützte mehr noch als das Rathaus v.a. die Handelskammer und die an der Demoroute liegenden HaSpa-Filialen.

Neugierig und aufmerksam geworden durch die Protestsongs, die Bény und Dario ab dem Mönckebergbrunnen zum besten gaben, wurden viele Flyer verteilt. Beides sorgte dafür, dass die Konsumfreudigen diesen Samstag etwas nachdenklicher nach Hause gingen. Auch die Redebeiträge trugen dazu bei. Sibylle Kirstein vom Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. betonte in ihrer Rede die besondere Bedeutung von Bildung für eine

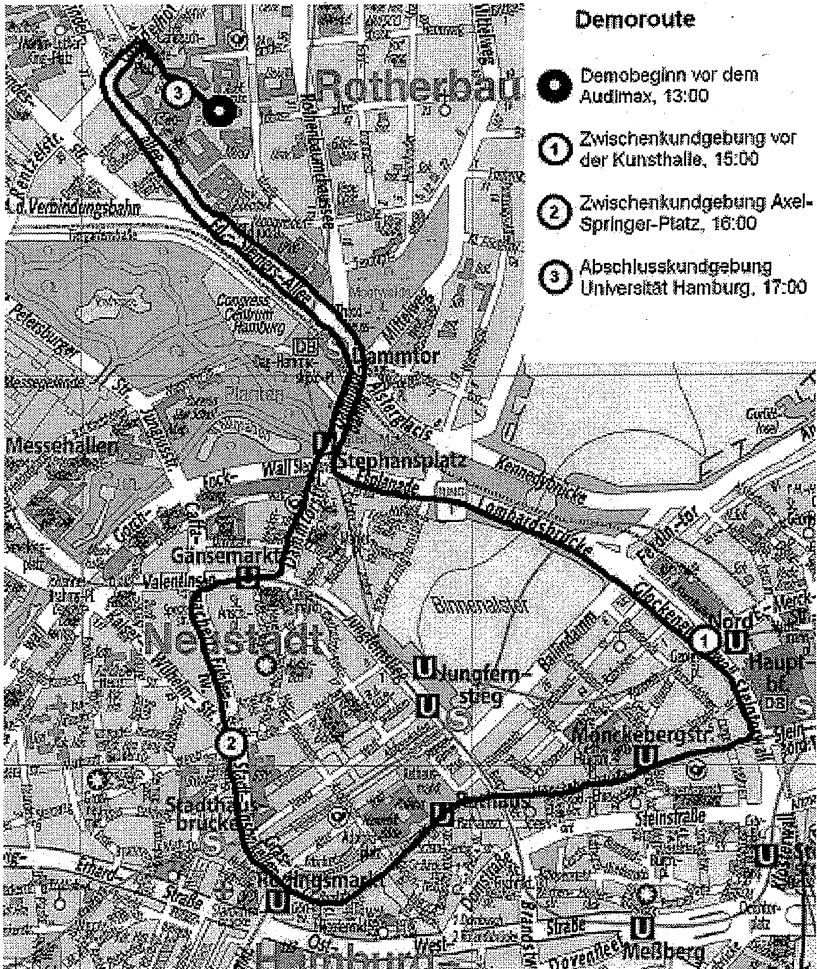
friedliche gesellschaftliche Entwicklung weltweit: "Die Konkurrenz jeder gegen jeden kommt an der Universität, ob zwischen den Studierenden um einen Studien- oder Seminarplatz oder zwischen den Fachbereichen, die um die beste Ausstattung konkurrieren sollen oder auch im Sozialabbau zum Ausdruck. (...) Statt Konkurrenz und Ausbeutung brauchen wir eine Welt, in der solidarisches Handeln darauf gerichtet ist, Probleme friedlich und im Interesse aller zu lösen und das Leben aller zu verbessern. (...) Dazu muss Bildung zu kritischer Einsicht in die Verhältnisse anregen und zum Nutzen aller Menschen, zur maximalen, gleichen Teilhabe eines jeden an dieser Welt und ihren Möglichkeiten beitragen. Nur durch Bildung sind Menschen in der Lage, ihre eigene Situation zu erkennen und zu verbessern. Soziale Gleichheit, Bildung für alle, demokratische Mitbestimmung von Inhalten und Strukturen, Kooperation und Solidarität zur Lösung gesellschaftlicher Probleme sind Aufgabe kritischer Wissenschaft für eine bessere Gesellschaft."

Vor dem Springergebäude klagte Nico vom Regenbogen die inzwischen allgemeine "Verspringerung" weiter Teile unserer Gesellschaft an: "Diese Verspringerung der Medien schließt sich kurz mit dem, was im Bildungssystem geschieht: Insgesamt ist man bestrebt, das Wissen zu verknappen, und zwar da, wo es interessant wird. Man ist bestrebt, das Wissen, das relevant ist für gesellschaftliche Entscheidungen, als sog. Führungswissen zu definieren und nur noch einer Elite vorzubehalten. Für den "schäbigen Rest" der Bevölkerung - schlappe 90 Prozent in etwa - will man nur noch das liefern, was ein Berater des früheren US-Präsidenten Clinton einmal "tittytainment" genannt hat. (...) Die Elite will führen - und dazu braucht sie eine Herde, die sich auch führen lässt. Dass das nichts mehr mit Demokratie zu tun hat, das weiß man genau - aber man spricht es lieber nicht aus. Man will die Leute ja nicht aufregen. Sonst werden sie noch widerspenstig." Die insgesamt gute Ausrichtung der Reden und die gute Stimmung unter den Demonstrierenden ließ dann doch einen beträchtlichen Teil des Zuges nach gut 4 Stunden wieder auf dem Unigelände ankommen. In anschließenden Gesprächen mit den Vertretern der Hochschulen aus den verschiedenen Orten wurden Erfahrungen ausgetauscht, Einschätzungen abgegeben und Pläne geschmiedet. Allgemein steht auch in unseren Nachbarstädten die Stimmung nach den Semesterferien weiterhin auf Streik! Die Idee der Norddemo wurde begeistert aufgenommen und ein erneuter Termin etwa in der dritten Woche nach den Semesterferien, diesmal mit besserer Mobilisierung und freundlicherem Wetter, anvisiert.

"Ich will den Kapitalismus lieben, weil so viel für ihn spricht. Ich will den Kapitalismus lieben, doch ich schaffe es einfach nicht und das wird so weiter gehen, bis einer von uns zusammenbricht!" (Funny van Dannen)

Wir sehen uns auf der nächsten Demo!

Demoroute



UnterstützerInnen:

Uni Hamburg, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg, Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg, Technische Universität Hamburg, Hochschule für Musik und Theater Hamburg, Uni Bremen, Bremer Hochschule für Künste, Hochschule Bremen, Hochschule Bremerhaven, GSV (Gesamtschülervertretung Bremen), Fachhochschule Emden, Uni Oldenburg, Uni Paderborn, Uni Göttingen, Uni Lüneburg, temporäre Uni Winsen, Uni Kiel, Universität Greifswald, Hochschule Vechta, TU Braunschweig, Uni Hannover, TU Berlin, HU Berlin, FU Berlin, Regenbogen/Alternative Linke Uni Hamburg, FSR Germanistik Uni Hamburg, Juso Hochschulgruppe Uni Hamburg, Liste Links Uni Hamburg, Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Hamburg & BundessprecherInnenrat, GEW, Ver.di, DGB, REGENBOGEN Linke Alternative für eine solidarische Stadt, freiraumhamburg e.V., Stadtteilinitiative St.Pauli "Ein Stadtteil steht auf", Fluchtpunkt - Kirchliche Hilfsstelle, Horst Bethge, Bildungspolitischer Sprecher der PDS/PädagogInnen für den Frieden, Prof. Dr. Richard Sorg, Soziologe am Fachbereich Sozialpädagogik der HAW, Holger Hanisch, attac-Campus-Hamburg, Linksruck-Hamburg, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V., Bundesvorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler / BdWi, Österreichische HochschülerInnenschaft, Attac-Bremen, Freier Zusammenschluss der Studierendenschaft (fzs), die SchülerInnenkammer solidarisiert sich mit unserem Aufruf.

Wissen verbindet

Gemeinsam gegen Bildungs- und Sozialabbau

"Wissen ist... mehr als Fakten, Wissen ist eine Grundlage für eine soziale Gesellschaft."

Felix Lorenzen, SchülerInnenkammer

"Wissen ist... die Grundlage die Welt zu interpretieren und gezielt auf die Umwelt einzuwirken. Wissen bildet die Voraussetzung für Lern-, Denk- und Problemlösungsprozesse. Bildung und Wissen müssen allen Menschen frei zugänglich sein, demokratisch gesteuert vermehrt und zum gesellschaftlichen Nutzen einsetzbar sein. Dagegen richtet sich die Politik des rechten Senats."

Olaf Schwede, Jugendsekretär DGB Bezirk Nord

"Wissen ist... die Grundlage jedes Verstehens. Menschen, die wissen, daß Krieg nur dem Profitinteresse einiger weniger dient, verstehen, daß Frieden nur durch Solidarität geschaffen werden kann. Dies verbindet die Menschen weltweit in der internationalen Friedensbewegung."

Sibylle Kirstein, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung

"Wissen ist... wie Macht: in einer Elitenherrschaft das Privileg von wenigen, in einer demokratischen Gesellschaft das Recht und der Reichtum aller Menschen."

Nico, Wahlbündnis Regenbogen

"Wissen ist... ein Menschenrecht, keine Ware, denn es ist Voraussetzung und Bedingung für Selbst- und Mitbestimmung, Zukunftsgestaltung und Solidarität, und zwar für alle, nicht nur für wenige!"

Horst Bethge, Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft

"Uns verbindet der Wunsch nach einer gerechten und friedlichen Welt. Studierende, Arbeitende und Erwerbslose wehren sich gemeinsam gegen Sozialraub und Krieg. Heute und in Zukunft und europaweit am 2. und 3. April 2004."

Holger Griebner, FixStern